

Zürich und Winterthur, 27. August 2018

KR-Nr. 245/2018

POSTULAT von Sibylle Marti (SP, Zürich), Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur) und Laura Huonker (AL, Zürich)

betreffend Aufnahme von Bootsflüchtlingen

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien (beispielsweise Konferenz der Kantonsregierungen, direkte Gespräche etc.) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser über entsprechende Kontingente geflüchteter Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnimmt und ihnen in der Schweiz ein faires Asylverfahren ermöglicht. Ähnlich wie dies eine Reihe europäischer Städte und Regionen in anderen Ländern getan haben, soll der Kanton Zürich dem Bund dabei seine Unterstützung zusichern, um den geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Sibylle Marti
Barbara Günthard Fitze
Laura Huonker

Begründung:

Das Versprechen Europas, die Menschenrechte einzuhalten, wird täglich gebrochen. Die aktuelle europäische Asylpolitik dient nicht mehr primär dem Schutz von Flüchtlingen als vielmehr dem Schutz der Grenzen. Trotz anhaltender Konflikte in Ländern wie Syrien, Afghanistan, dem Südsudan, Myanmar oder Somalia und weltweit steigender Flüchtlingszahlen finden schon jetzt immer weniger Flüchtlinge in Europa Schutz. Schutzsuchende müssen aber Zugang haben zu einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in Europa. Statt nationaler Alleingänge an den Grenzen und in den Häfen bedarf es einer solidarischen Aufnahme, bei der den Staaten an den südlichen Aussengrenzen nicht die alleinige Verantwortung für die Asylsuchenden zugeschoben wird.

Die dramatisch zugespitzte Situation im Mittelmeer erfordert unsere Solidarität und endlich wirksame Schritte, um Menschen aus Seenot zu retten und ihre Ausschiffung in die nächsten europäischen Häfen zu ermöglichen. Danach sollen sie in verschiedenen Staaten Aufnahme finden. Wenn selbst wohlhabende Nationen ihre Grenzen für Flüchtlinge verschliessen, werden andere Staaten diesem Beispiel folgen. Es soll eine verantwortungsvolle Politik der sicheren Fluchtrouten und offenen Häfen in Europa angestrebt und aktiv unterstützt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit des Postulats begründet sich aus der akuten Situation im Mittelmeer.

245/2018